

Lew Hinchman

Morgenröte in Amerika

Die politische Geografie in den USA nach den Kongresswahlen

Obwohl der amerikanische legislative Wahlkampf im November 2006 einen historischen Trend bestätigte – dass die Partei an der Macht im sechsten Jahr einer Präsidentschaft immer Sitze im Kongress verliert – bietet er trotzdem einige Hoffnung für die siegreichen Demokraten, sich zu behaupten. Diese haben sieben Sitze im Senat hinzugewonnen und besitzen nun eine Mehrheit von 28 Mandaten im Repräsentantenhaus. Sich an ihre erprobte Strategie klammernd, versuchten die Republikaner, Gewinne im Süden und Westen zu verbuchen, die treuesten Bundesstaaten im Mittelwesten wie Ohio und Indiana in ihrem Lager, und voraussehbare Verluste im Osten und Kalifornien gering zu halten, Gewinne und Verluste im Süden glichen sich in der Tat nahezu aus.

In anderen Regionen fielen die Resultate günstiger für die Demokraten aus. Im Nordosten, schon lange eine demokratische Hochburg, steht die GOP (*Grand Old Party*: die Republikaner) auf der Liste gefährdeter Spezies. Im Mittleren Westen haben die Demokraten bemerkenswerte Fortschritte gemacht, denn im GOP-treuen Indiana eroberten sie drei Sitze der Republikaner im Repräsentantenhaus. In Ohio hat der demokratische Senatskandidat Sherrod Brown einen leichten Sieg über den Amtsinhaber Mike Dewine errungen. Aber der Westen bot die größten Überraschungen. Den Küstenstaaten hatte George Bush bei den Präsidentschaftswahlen 2004 jeden Bundesstaat in diesem Gebiet gewonnen. Das war um so verheerender, da die republikanischen Abgeordneten aus den westlichen Staaten den zweifelhaften Ruf haben, zu den rechtsradikalsten im Kongress zu gehören. Aber die Wähler hatten den umweltfeindlichen, auf Konfrontation ausgerichteten Stil die-

ser gern als Troglodyten, als »Höhlenmenschen« apostrophierten Primitivpolitiker, satt. Zwei extrem rechte Abgeordnete aus Arizona, einst als unschlagbar geltend, wurden durch politische Anfänger ausrangiert. Das gleiche geschah in Kalifornien und Colorado, wo die Demokraten sowohl das Gouverneursamt eroberten als auch in beiden Kammern der Gesetzgebenden Versammlung siegten. Wenn es der demokratischen Partei gelingt, diese Gewinne zu konsolidieren, kann sie die Region künftig in eine heiß umkämpfte Zone verwandeln, in der die GOP mehr Geld und Arbeitskräfte aufwenden muss, um die pro-demokratische Welle einzudämmen. Und die politische Bedeutung des Westens wächst Jahr für Jahr. 1960 verfügte die Region über 66 Sitze im Repräsentantenhaus. Jetzt, dank der Zuwanderung und einer neuen Einteilung von vier Wahlbezirken, beansprucht sie nun 95, fast 22 % aller 435 Sitze. Und weil die Bevölkerungszahl eines Bundesstaates auch die Zahl der ihm zugeordneten Wahlmänner in den Präsidentschaftswahlen bestimmt, gewinnt der Westen auch in diesem Gremium mehr und mehr Einfluss.

Wie kann der Aufstieg der Demokraten im Westen und in anderen Regionen erklärt werden? Zum einen hat sich die Partei einfach bessere Kandidaten ausgesucht, in der Regel »gemäßigtere«, die die republikanisch-gesinnten und unabhängigen Wähler nicht durch ihren Lebensstil entfremdeten. Zum Beispiel John Tester: Der siegreiche demokratische Senatskandidat und Farmer aus Montana lässt sich gern auf seinem Traktor fotografieren. Er sieht überhaupt nicht aus wie ein Linksextremist aus San Francisco, wie ihn seine Gegner stets darstellen. Zudem hat in allen Regionen, aber besonders im Westen, die

zunehmende Zahl hispanischer Neuankömmlinge den Ausgang des Wahlkampfes tief in entscheidendem Maße geprägt. Diese Wählergruppe hat im November mit einer Mehrheit von 2:1 für die Demokraten gestimmt. Doch die Erfolge, die die demokratische Partei in ehemals republikanischen Wahlbezirken und Bundesstaaten erzielen konnte, lassen der Partei wenig Spielraum. Sie ist eher auf Probe gewählt worden. Wenn die neuen Abgeordneten versuchen, »radikale« Maßnahmen im Kongress durchzusetzen oder sich in Skandale verwickeln, werden sie das Misstrauen der eher republikanisch-gesinnten Bürger erneut wecken und 2008 abgewählt werden. Wir sollten daher vom demokratischen Kongress keine gewagten Schritte erwarten, sondern zaghafte Initiativen in Teilfragen, in denen Gemeinsamkeiten zwischen der neu gewählten Mehrheitspartei und dem Präsidenten bestehen. Besonders im Senat, wo die Demokraten eine Mehrheit von einem einzigen Sitz haben, müssen diese ihren Ehrgeiz in Schach halten. Denn die Republikaner haben die Möglichkeit, durch die Taktik der so genannten »Filibuster« (Abgeordnete, die Dauerreden halten), Entscheidungen des Senats zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Sozialpolitik

Die Demokraten werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen höheren Mindestlohn verabschieden. Die entsprechende Gesetzesvorlage ist schon vom Repräsentantenhaus gebilligt worden. Aber die Republikaner haben im Senat diesem Entwurf unnötige Steuersenkungen für kleine Unternehmen angehängt, welche die demokratische Führung wohl als den Preis für die republikanische Zustimmung wird verkräften müssen. Dieser Schritt ist von entscheidender Bedeutung, da der Mindestlohn um 2,10 DOLLAR pro Stunde über drei Jahre erhöht wird, genug um vielen Menschen ein Leben über der Armutsgrenze zu ermög-

lichen. Aber die meisten Amerikaner verdienen bereits jetzt mehr als den Mindestlohn. Das Gesetz ist also zum Teil nur symbolisch.

Die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus hat auch einen Gesetzentwurf verabschiedet, der Beamte im *Medicare*-System (Gesundheitsversicherung für Senioren und Behinderte) befugt, mit den Pharmafirmen Medikamentenpreise auszuhandeln. Diese Maßnahme, die in anderen Ländern üblich ist, würde voraussichtlich die Arzneimittelpreise – aber auch die Pharmaprofite – drücken, was die Chancen des Vorschlages gefährdet. Als der Kongress 2004 den *Medicare*-Empfängern den Anspruch auf Medikamentensubventionen sicherte, hat die damalige GOP-Mehrheit auf Geheiß der Pharmalobby das Feilschen um Preise ausdrücklich verboten. Sie werden vermutlich versuchen, diesen Gesetzesentwurf im Senat zu blockieren. Präsident Bush hat mit einem *Veto* gedroht.

Die weitaus dringendste soziale Herausforderung in den USA ist die Krise in der Gesundheitsfürsorge. Nahezu 47 Millionen Amerikaner leben ohne Krankenversicherung, und diese Zahl nimmt jedes Jahr zu, weil viele Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern Gesundheitsversicherung nicht mehr als »fringe benefit« anbieten. Drei Präsidenten, zuletzt Bill Clinton, haben den Widerstand der verschanzten Interessen (wie der Versicherungsfirmen) gegen eine Reform nicht überwinden können. Wir sollten also keine Wunder von einem demokratisch dominierten Kongress erwarten. Doch die Vorzeichen sind dieses Mal verheißungsvoller. Zum einen hat Bush selbst vor kurzem einen Plan unterbreitet, der die Zahl der Nicht-Versicherten vermindern sollte. Mittlerweile haben drei Bundesstaaten (zwei davon mit republikanischen Gouverneuren) Programme entwickelt, die eine universale Gesundheitsversicherung zusagen: Massachusetts, Oregon, und Kalifornien. Diese drei Staaten zählen insgesamt fast 48 Millionen Ein-

wohner. Sie könnten ein Vorbild für die anderen Bundesstaaten sein.

Die von Massachusetts und Kalifornien vorgeschlagenen Reformen verpflichten jeden Bürger, eine Gesundheitsversicherung zu erwerben, wie es mit Autoversicherungen üblich ist. Alle Arbeitgeber – außer den allerkleinsten – sind verpflichtet, ihren Arbeitnehmern diese Versicherung anzubieten. Sonst müssen sie eine dem Versicherungspreis vergleichbare Geldstrafe in die Staatsversicherungskasse einzahlen (*play or pay*). Niedrigverdiener würden daraus Subventionen erhalten, um eine Police käuflich zu erwerben, damit sollen Kostenverschiebungen vermieden werden, die dadurch entstehen, dass Unversicherte als so genannte »Trittbrettfahrer« in Notfällen gratis behandelt werden müssen. Die Krankenhäuser übertragen die Kosten dieser unbezahlten Behandlungen letztlich auf die Versicherungsfirmen und/oder auf staatliche Krankenkassen, was dazu führt, dass die Versicherten doch die Kosten tragen.

Im Gegensatz dazu bietet die Bush-Initiative allen Nicht-Versicherten Steuer-subsiditionen, damit sie sich selbst privat versichern können. Dieser Entwurf entspricht libertären Ideologien, die Gesundheitsversicherung als eine Ware betrachten, die durch Marktkonkurrenz am besten und billigsten verteilt würde, ob durch Individuen oder Gruppen. Die demokratische Führung hat daher den Bush-Vorschlag schon abgelehnt. Sie bleibt aber einem möglichen Kompromiss gegenüber offen, der die Zahl der Nicht-Versicherten verringern würde. Es ist wahrscheinlich, dass ein solches Einverständnis den Entwürfen von Massachusetts und Kalifornien ähneln würde, zumal diese starke Unterstützung von beiden Parteien in den jeweiligen Bundesstaaten fanden.

Umweltpolitik

Der demokratische Wahlsieg gibt der Partei auch eine Mehrheit und den Vorsitz in jedem Ausschuss des Kongresses. Dieser

Machtwechsel ist bedeutend, da die Komitees, genauer ihre Vorsitzenden, eine Abstimmung in der Plenarsitzung der jeweiligen Kammer über jeglichen Gesetzentwurf verhindern können. Im Senat hatte James Inhofe (Republikaner aus dem erdölreichen Oklahoma) seit 2002 den Vorsitz im Umweltschutzausschuss inne. Da er der Auffassung ist, der globale Klimawechsel sei ein von der Linken erfundener Schwindel, hatte er konsequent jede ernsthafte Bemühung vereitelt, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reglementieren. Die neue Vorsitzende dieses Komitees ist Barbara Boxer aus Kalifornien, die seit langem wirkungsvollere Maßnahmen gegen die Erderwärmung verfochten hat. Die Bush-Administration hat bisher jede Initiative wie zum Beispiel das *Kyoto-Proto-*

koll aus wirtschaftspolitischen Gründen verhindert. Aber auch Bush musste schließlich zugeben, dass der Klimawechsel mehr als ein Hirngespinnst der Ökologen ist. Also würde er eine bescheidenere Gesetzesvorlage unterzeichnen. Der demokratisch-geleitete Kongress wird wohl sparsamere Brennstofftechnologien von der Automobilindustrie verlangen, und die Subventionen für alternative Energiequellen erhöhen. Bush hat seine Unterstützung für beide Initiativen bereits erklärt.

Andererseits darf nicht übersehen werden, dass für die Schäden, welche die Bush-Politik der Umwelt zugefügt hat, oft kaum bekannte politische Beamte (viele ehemalige Lobbyisten für die Raubbauindustrie) in den Schlüsselpositionen der Ministerien verantwortlich sind. Wie Termiten nagen sie im Dunklen und Stillen am Gerüst der amerikanischen Ökopolitik. Der demokratische Kongress kann sie nicht entlassen, aber seine Ausschüsse können Untersuchungen und Verhöre erzwingen, die den wahren (Un)sinn so vieler ihrer Beschlüsse und Regelungen offenbaren. Wie Termiten meiden diese Beamten das grelle Licht der Öffentlichkeit und können durch diese Drohung wenigstens gelegentlich abgeschreckt werden.

Amerika und die Welt

Obwohl die Demokraten ihren Wahlsieg hauptsächlich dem Missmut der amerikanischen Wählerschaft über den Irak-Krieg verdanken können, ist ihre Autorität gering, die außenpolitischen Weichen neu zu stellen. Die US-Verfassung erkennt dem Präsidenten fast unbegrenzte Vollmachten bezüglich der Außenpolitik und der Kriegsführung zu. Der Senat muss jedoch um »Rat und Zustimmung« zu den Personalentscheidungen des Präsidenten er sucht werden, das heißt: er kann einen ungeeigneten Kandidaten für einen Posten, etwa im Außenministerium,

blockieren. Genau das hat der Senat getan, als er sich unlängst weigerte, die Ernennung John Boltons (eines berühmten Gegners der VEREINTEN NATIONEN) als UN-Botschafter zu bestätigen. Zudem kann der Kongress der Bush-Regierung Geld für die fragwürdigsten Projekte vorenthalten.

Auf dem Gebiet der Handelsvereinbarungen verfügt der demokratische Kongress über große Einflussmöglichkeiten, aber es besteht die Gefahr, dass seine Eingriffe den langfristigen Interessen des Landes eher schaden als zugutekommen. Die Bush-Regierung will – wie jede andere Administrative – eine Vollmacht vom Kongress, Handelsverträge abzuschließen, die vom Senat ohne Abänderungen entweder gebilligt oder abgelehnt werden sollen. Das ist deshalb wichtig, weil sonst die Senatoren den ausgehandelten Verträgen zahllose Einschränkungen zum Schutz ihrer Wirtschaftsklientel anhängen würden. Aber gerade diese Vollmacht wollen die Demokraten verweigern, teils aus vernünftigen Gründen (Umweltschutz und Arbeiterrechte), aber auch teils aus reinem Protektionismus.

Es ist von tragischer Ironie, dass Bush und sein Kreis trotz demokratischer Proteste den Krieg in Irak ausweiten können. Die Europäer sollten also keinen atemberaubenden Politikwandel vom neuen Kongress erwarten. Aber sie können mit höflicherem Verständnis, besonders bei vielen Fragen der Sozial- und Umweltpolitik, rechnen. Alle Hoffnungen auf radikale Veränderungen müssen bis zu einem möglichen Regierungswechsel im Jahre 2008 vertagt werden. Der Wahlkampf hat schon begonnen. Inzwischen können wir Amerikaner wenigstens freier atmen. Wir glauben endlich, die Morgenröte nach einer langen, scheinbar endlosen Nacht der republikanischen Hegemonie zu sehen.

Lew Hinchman
ist Professor für Politikwissenschaft an der CLARKSON-UNIVERSITÄT in Potsdam und New York.